

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Mittwoch, außer Sonn- und Feiertag. Preis pro Quartal 3,00 Mark; durch die Post bezogen 3,50 Mark. Adress: Redaktion, Postfach 11, Halle. Einzelhefte 11 Pf. (Postgebühren 1 Pf.).
Anzeigenpreis: 15 Halbspalten à 10 Zeilen 1,00 Mark; 10 Halbspalten 1,00 Mark; 5 Halbspalten 1,00 Mark; 1 Halbspalte 1,00 Mark. Einzelzeilen 10 Pf. (Postgebühren 1 Pf.).
Verantwortlicher: Dr. Kurt Hiller. Druck: Druckerei „Der Rote Stern“, Halle. Postfach 11.

Einzelpreis 15 Pf. Halle, Montag, den 4. Januar 1926 6. Jahrgang Nr. 2

Die Einpeitscher der Großen Koalition

Scheidemann, Schöpplin, David, Wirth

Der Artikel Scheidemanns, der die Runde durch die SPD-Bresse machte, und den wir in kurzen Zügen als das Angebot, in die Große Koalition einzutreten, dargestellt hatten, ist nicht ohne Gegenstände bei einer Anzahl führender Funktionäre der SPD geblieben. Der Karlsruher „Volksfreund“ bringt den Artikel Scheidemanns im Gegenstand zu den übrigen sozialdemokratischen Presse angehängt und hebt vor allem jene Stellen hervor, die sich im positiven Sinne auf die Große Koalition beziehen. Darüber hinaus kommentiert Herr Schöpplin im Karlsruher „Volksfreund“ diesen Artikel Scheidemanns folgendermaßen:

Die erste Maßnahme, die der Genosse Scheidemann an die Republikaner in Deutschland im allgemeinen, an die Sozialdemokratische Partei aber im besonderen, richtet, entspricht auch meiner Auffassung. Sobald nach Neujahr die Frage der Regierungsbildung der Lösung entgegengeführt werden wird, muß meiner Ansicht nach die sozialdemokratische Partei sofort Hilfe und Rat suchen, welche Haltung sie einnimmt. Die Kritik, die die Fraktionsführung, allerdings und leider, unter Billigung der Fraktionsmehrheit, während der Tage eingeschlagen hat, als Herr Dr. Koch sich öffentlich um die Regierungsbildung bemühte, darf keine Wiederholung finden. Wenn ich damals gleich anderen Fraktionsmitgliedern, die von der Fraktionsmehrheit und von der Fraktionsführung abweichende Meinungen öffentlich vertreten habe, so geschähe das deshalb nicht, weil wir die ohnehin etwas schwierige kritische Situation im Augenblick nicht erschweren wollten.“

Neben Scheidemann und Schöpplin tritt auch Eduard David auf den Plan und versucht, mit bedehnten Worten für die Große Koalition eine Range zu brechen. Jedem David stellt, daß nach den Ausführungen Hermann Wirths, der eine Begründung der Ablehnung der Großen Koalition vor Reichstagen gegeben hatte, festgestellt werden soll, daß mit der Deutschen Volkspartei eine Verbindung auf den Gebieten der Handelsvertragspolitik, der Kreditpolitik, der Schulpolitik, des Verfassungsjahres und der Außenpolitik durchaus möglich gewesen sei, führt er weiter wörtlich aus:

„Damit aber komme ich zu der generellen Kritik dieser Politik der Abstinenz. Man lehnt die Beteiligung an einer Regierung auf breiter Basis ab, weil man nicht alle Forderungen, die man für gerecht und gut hält, durchzusetzen imstande ist. Was aber erzählt man, wenn man nicht in die Regierung geht? Was wird dann aus der sozialen Steuerreform, was aus dem Arbeitszeitgesetz, was aus der Erwerbslosenversicherung und der abschließenden Erhöhung der Unterhaltungsätze für die auf dem Wählerstand? Kommt eine Regierung ohne oder gegen die Sozialdemokratie zustande, dann sind doch wohl noch ganz andere Abstriche an allen unseren Forderungen zu erwarten. Das kann niemand ernstlich bestreiten.“

Die proletarischen Wählermassen, als deren Sachwalter wir uns in erster Linie ansehen, würden das schmerzlich zu spüren bekommen. Sie sind also die eigentlichen Leidtragenden einer solchen Abstinenzpolitik der sozialdemokratischen Fraktion. Die Arbeiter und Angehörigen und vor allem die täglich wachsende Armee der

Erwerbslosen, die die Kräfte der Wirtschaft und die Härte des Winters am bittersten zu spüren bekommen, sie haben die Folgen einer solchen Politik auszuharren. Weil wir nicht alles, was wir fordern, für sie erreichen können, sollen sie noch weniger bekommen, als wir ihnen durch unsere Beteiligung an der Regierung verschaffen könnten.“

Dies letzte Zitat Davids ist wirklich ein Beweis dafür, daß diese sozialdemokratischen Führer aber auch nicht mehr die Folgen der von Koalitionselementen und Klientel für sich verschärfen. Die Interessen der Verfallenen können also nach Herrn David nur in der Gemeinschaft mit den Herrenbaronen und den Konzerngewaltigen vertreten werden. Daß das Proletariat, wenn es sich als Klasse auf sich selbst bezieht, am mächtigsten ist, daß die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung den Beweis dafür gibt, daß lediglich der unerbittliche Kampf und nicht die Koalition seine elementarsten Kräfte erzeugen und behauptet hat, davon hat Herr David seine Meinung mehr. Davon wollen diese Herren à la David allerdings auch keine Meinung mehr haben, da dies ihnen nicht mehr in den Kram paßt.

Diese mannigfachen Stimmen führender Funktionäre für die Große Koalition signalisieren dem gesunden Proletariat, in welscher großer Gefahr es sich gerade befindet, zeigen dem Proletariat, in welcher Verfassung die sozialdemokratische Partei sich gerade befindet. Noch nie hat eine Partei in so kurzer Zeit ihre Parolen gewechselt, wie es die Sozialdemokratie jetzt getan hat. Rein in die Karotte! Keine aus der Karotte! Einzige Antwort und Weisungsausschließung. Wir sind keine Vorkämpfer der Denationalisten: so hieß die eine Parole. Nach vier Wochen: Wagt die Wägen für die Denationalisten und setzt auf. Wir Weisungen hieß es. Schluß mit der Großen Koalition. Nach Neujahr: Hin in die Große Koalition. Wahrscheinlich, welcher sozialdemokratische Arbeiter soll aus dieser Politik des Verrats, der Demagogie und der Kopflosigkeit noch einen Ausweg finden?

Wirth als Manager der Großen Koalition

(Eig. Draht.) München-Gladbach, 4. Januar.
Der Zentrumsführer Wirth hat am Anfang einer großen Versammlung in Rheinfelden eine Rede gehalten, in der er sich, wie er mehrfach betonte, besonders an die Presse und die vier Parteien der Großen Koalition wandte. Die Sozialdemokratie erinnerte er an ihre republikanischen Wurzeln, eine Regierung der Großen Koalition zu bilden, die allen im Lande die Nation vor revolutionären Entfaltungen zu bewahren. Im Gegensatz zu seinen Ausführungen auf dem Kaiserlicher Parteitag nannte er Wirth den Führer der Zentrumsparlei. Scheidemann dankte er für seine Neujahrsgrüße in der sozialdemokratischen Presse.

Wirth für entschuldigende Entschuldigung der Fürken zu machen, würde in ihren eigenen Reihen viel böses Blut machen.

(Eig. Draht.) München-Gladbach, 4. Januar.
Der Metallarbeiterverband nahm in seiner letzten Mitgliederversammlung eine Entschließung an, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, für Volksentscheid gegen Fürkenabfindung.

Bayrische Verhaftungswut

Reichstagsabgeordneter Genosse Hörnle festgenommen
(Eig. Draht.) München, 4. Januar.
Am Sonntagmittag wurde in München eine Arbeitslosenversammlung des Bezirks Südbayern von einem riesigen Aufgebot blauer und Kriminalpolizei aufgehoben. Von den etwa 70 Teilnehmern und Gästen wurden neun auswärtige Genossen, darunter fünf energiegeladene Proleten der Reichstagsabgeordnete Genosse Soernte, verhaftet. Außerdem wurde Genosse Fritz Bretzel, München, verhaftet. Von übrigen Konferenzteilnehmern wurde eine Fortsetzung der Konferenz verboten. Beim Abtransport der Verhafteten stimmte die auf der Straße versammelte Menschenmenge die „Internationale“ an. Es wurden Schreie auf die SPD ausgebracht. Bis 6 Uhr abends waren alle Genossen, darunter auch Soernte, wieder entlassen. Zur Genosse Bretzel wird bis zur Stunde angeblich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt in Haft gehalten.

Ludendorff-Weite

München, 1. Januar.
Das nationalsozialistische „Kampfblatt“ der „Wolfskeule“, das Organ Ludendorffs, hat aus finanziellen Gründen sein Erscheinen am 31. Dezember eingestellt.

400 griechische Kommunisten in die Verbannung geschickt

(Eig. Draht.) Athen, 4. Januar.
Hier wurden 400 griechische Kommunisten verhaftet, sie sollen nach dem Inseln im Ägäischen Meer transportiert werden. Die Kommunisten hätten die Absicht eines Staatsstreiches gehabt.

Der Wille zur Armut

„Staat und Volk müssen sich endlich auf den Boden der Tatsachen stellen. Der Boden der Tatsachen bedeutet aber Armut! Es muß also der Wille zur Armut kommen.“
(Wochenblatt der „Deutschen Bergwerkszeitung“.)
„Mit Recht haben Sie, Herr Geheiler, auf der Schmelze des neuen Jahres das Gebot der Arbeit und der Sparsamkeit als Leitprinzip vor das Auge des ganzen deutschen Volkes gesetzt.“
(Aus Hindenburgs Neujahrswort.)

Nichts ist so charakteristisch, wie die Größe der Unruhe und der offiziellen Regierungsmänner an Festtagen. In knappen Worten fallen sie dann selbst zusammen, was sie von den arbeitenden Klassen verlangen. Und je schwächer die Arbeiterkraft im gegebenen Augenblick ist, um so offener, brutaler und ungnädiger schreien sie nach ihren Forderungen der Bourgeoisie entgegen. Im Grunde laufen die Beschlüsse des Unternehmerrates und des Reichspräsidenten und der Reichsregierung auf ein und dasselbe hinaus: Die Bergwerkszeitung verlangt den Willen zur Armut, die Reichsregierung den Willen zur Arbeit und Sparsamkeit. Nur ist das Unternehmerrate etwas konsequenter als Geheiler und Hindenburg.

Die Aufforderung zur Arbeit in den Spalten des rheinisch-westfälischen Unternehmerrates ist in dem Moment ganz unpassend, wo nach den amtlichen Zahlen die Arbeitslosigkeit in Westfalen und Lippe von 72 000 Unterhaltungsgepfängern auf 125 000, also um mehr als 70 Prozent gestiegen ist, wo bei dem Landesarbeitsamt mehr als 150 000 Arbeitslosendaten angemeldet sind.

Es bleibt nur der Aufforderung Hindenburgs als ernsthaft gemeint nur der Wille zur Sparsamkeit, d. h. zum ärmere Leben, der Wille zur Armut.

Der Wunsch der Bergwerkszeitung ist tatsächlich nur der Ausdruck dessen, was die ganze Bourgeoisie und ihre Selbstschreiber zu heutigen Kreise zu sagen haben. Wenn die Zeitungen, von der „Deutschen Zeitung“ bis zum „Vorwärts“, die heutige Krise als eine Gebungs- und Umwälzungsperiode bezeichnen, die eben überstanden werden muß, damit der Weg zu neuer Aufwärtsentwicklung frei werde — was ist das anderes als der Wunsch, das deutsche Volk möge durch das unermessliche Verarmen in eine bessere Zukunft gehen, wobei die Herren mehr hüten zu lassen, wer noch ärmer werden und wer die bessere Zukunft teilen werden soll. Sicher nicht den 15 Millionen, die in Deutschland angeblich jetzt sind, nicht den Arbeitern deren Arbeitsstellen im Wege der „Nationalisierung“ hinweggeleitet werden sollen, und auch nicht denen, die aus Gnaden in Betrieben befristet werden, vorausgesetzt, daß sie ihre Löhne der „allgemeinen Verarmung“ anpassen lassen.

Wenn die SPD in ihrem Wirtschaftsprogramm die gegenwärtige Krise als unvorüberliches Durchgangs Stadium bezeichnet, dessen natürlicher Ablauf nicht durch künstliche Eingriffe getrübt werden kann — ja selbst auch sie sich auf den Boden der Bergwerkszeitung, und vom kapitalistischen Standpunkt ist das tatsächlich richtig. Im Kapitalismus gibt es keinen anderen Ausweg aus der Krise, als das Überleben der nun „überflüssigen“ Produktionsweise, als die Verdrängung der „überflüssigen“ Arbeitermassen. Die Arbeiter müssen die Armut tragen, wenn man nicht den Kapitalismus beiseite jagen will. Freilich, die russischen Arbeiter haben ihnen Vorzeugsbeispiele gegeben, den Segen der Armut kumulieren und die Strafen von Veningrad zu fügen; aber darum sind sie auch „rohe Barbaren, die für die Erhaltung der heiligsten Güter der Menschheit kein Verständnis haben.“

Für jeden Arbeiter aber, dem der Sozialismus mehr als eine Phrase für wacklige Sonntagsgespräche ist, bedeutet die Armut keine gegebene Tatsache.

Für uns als Sozialisten ist es durchaus keine unüberwindliche Tatsache, daß Millionen erlumpelt herumlaufen, während gleichzeitig die Legitimation, die alle Friedenden beiseite könnten, „aus Arbeitsmangel“ geschlossen werden.

Diese „gegebene Tatsache“ wird in dem Augenblick hinfällig, wo die Legitimation nicht mehr für den Profit ihrer „Besitzer“, sondern für die Bedürfnisse der Werktätigen arbeiten. Und für uns Reicher ist es keine „gegebene Tatsache“, daß einige Tausende schlammigen und in ihren nächtlichen Stunden noch die Unvergleichlichkeit haben, den Millionen, von deren Schweiß sie leben, „Armut“ zu predigen.

Die „gegebenen Tatsachen“ werden in dem Augenblick hinfällig, wo die deutschen Arbeiter den leidigen Willen zur Armut entgegen und ihre Sinne mit einem anderen Willen erfüllen, mit dem Willen zur Macht. Das deutsche Volk ist arm, solange es sich auslaugt und noch abendend seine Betriebe stilllegen läßt, während Millionen hungern und frieren. Es wird in dem Augenblick reich sein, wo die Millionen Arme produktiv schaffen, nicht für den Profit einer Klasse, sondern für die Bedürfnisse der Gesamtheit. Freilich, darum muß man kämpfen. Wenn im Verlaufe dieses Kampfes die Ausbeuter die Produktion sabotieren, aus Not und Enttäuschung aufliegen, wenn wir im Kampfe um den Sozialismus medien leben müssen, so wie die russischen Arbeiter gefahren haben: dann werden wir diese Armut als eine gegebene Tatsache tragen: Wir werden wissen, daß wir für unser Volk, für unsere Sache leben, daß aus dieser Armut der klärende Aufbruch der sozialistischen Gesellschaft kommen wird, so wie er in Russland gekommen ist. Aber für die Kapitalisten wollen wir nicht hungern, die Armut, die sie uns auferlegen, wollen wir nicht tragen — wir werden dagegen kämpfen mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Die Räuber wollen, wir sollen die Armut tragen. Ja, warum tragen denn sie die Armut? Warum führen sie die Betriebe nicht mit Verlust weiter, tragen die Kosten der Krise, so wie sie die

150 000 unterstützungsberechtigte Arbeitslose in Westfalen

Die Erwerbslosenziffer steigt weiter — Keine Hilfsarbeiten

(Eig. Draht.) Bielefeld, 1. Januar.
Nach den Mitteilungen des Landesarbeitsamtes hat die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Westfalen und Lippe im Dezember um 3,6 Prozent gegenüber November zugenommen und ist damit nun 200 000 auf 150 000 Unterhaltungsgepfängern gestiegen. Der amtlichen Statistik wird die Bemerkung beigelegt, daß die Bekämpfung des Arbeitsmangels ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe und daß mit einer weiteren erheblichen Verschärfung gerechnet werden müsse. Notstandsarbeiten können „leider“ in neuemverstem Umfang nicht in Lösung.

Konzernabmürmung

(Eig. Draht.) Jena, 4. Januar.
Der größte Thüringer Konzern, der Hermann-Konzern, ist zusammengesunken, einschließlich seiner Tochtergesellschaft. Aus der Masse werden die Aktionäre und Gläubiger noch nicht 1 Prozent erhalten. Gerade Umwege wegen betrügerischer Bankrotts erfaßt. Der Konzernantrag wurde wegen Mangels an Masse abgelehnt.

Die Reichsbannerführung gegen entschuldigungslose Enttennung der Fürken

Ein Urteil des demokratischen „Montag-Morgen“
(Eig. Draht.) Berlin, 4. Januar.
Der kirchliche „Montag-Morgen“ schreibt im Anschluß an die gesamte Aktion der SPD für ein Volksbegehren für entschuldigungslose Enttennung der Fürken, daß die SPD, durch ihre Zauderattitüde und auch das ungerechtfertigte Anspielen der Kosten des Volksentscheidens Führung verloren habe. Er läßt sich, daß die parlamentarischen Delegationen zwar einen Ausweg gebildet hätten und die Kampagne gegen Abfindung jetzt mit größerem Eifer betreiben, aber gegen entschuldigungslose Enttennung sei insbesondere das Reichsbanner. Eine weitere Weigerung der SPD, zusammen mit der SPD, eine Kam-



Gewinne der Hochkonjunktur eingestuft haben? Es sind doch — vorläufig noch — ihre Betriebe, es ist ihr Staat, ihre Wirtschaft. Sie mögen die Kosten tragen und mögen zeigen, daß ihre kapitalistische Wirtschaft imstande ist, mit dem was sie in guten Zeiten gemann, die arbeitenden Massen zu ernähren. Das geht nicht? —

Der Betrug an den Eisenbahnern

Der unter dem Vorbehalt des Staatsstreites a. D. K. Müller in Zusammenhang gebrachte Schlichtungsausschuß fällt am 29. September den von uns gestern schon wiedererwähnten Schiedspruch. Die Eisenbahnarbeiter unter 24 Jahren erhalten in 10 bis 12 Wochen 24 Wochenlohn, die in der Lohngruppe 1 bis 6 erhalten einen Pfennig und die in der Lohngruppe 6 bis 7 zwei Pfennige die Stunde. Diese Lohngruppe 50 Pfennige-Wochenzulage für das Gros der Eisenbahnarbeiter stellt aber die Reichsbahnerverwaltung wieder einmal die verabschiedete Verfassung des Schlichtungsausschusses des § 6, Ziffer 6, und § 7, Ziffer 3, des Schlichtungsvertrages. Danach erhielten bisher alle verheirateten Arbeiter (auch die unter 24 Jahren) im Falle der Erkrankung zu ihrem Krankenlohn die Sozialen Zulagen, je 3 Pfennige die Stunde, für Frau und Kinder weiter ausbezahlt. Diese gewöhnliche Vergütung soll jetzt allen Eisenbahnern genommen werden, wodurch die Verteilung über die Hälfte der Mehrbezahlung der Pfennigzulage wieder einpaßt.

Kategorie der deutschen Arbeiterklasse, die auch nicht in der Krise von vornherein die sichere Aussicht auf Erfolg hat, wenn sie nicht länger an der Nase herumgeführt läßt, sondern den konsequenten Kampf im ganzen Reich durchführt.

Der kommende Weltkrieg und die Neutralität der Sozialisten

Im Zeiter „Vollbesohlen“ wurde in der letzten Zeit ein Artikel veröffentlicht unter dem Titel „London—Angora—Moskau“, der die Perspektive des kommenden Weltkrieges zwischen West und Ost zeichnet. Im Anschluß an einen Artikel des auf dem linken Flügel der Labour Party stehenden Sozialisten Staatsrats wird angegeben, daß bei dem Ausbruch des Krieges auf Seiten Englands liegt. Es heißt da:

„Mag auch nach der Weltkriegsentscheidung — die schon deshalb nicht ganz unparteiisch sein kann, weil Großbritannien eine führende Weltmacht ist, während die Türkei nicht einmal den Weltkrieg angeht, die englische Regierung formal im Rechte ist; das Problem ist damit noch lange nicht gelöst.“

Die englische Unabhängige Arbeiterpartei hat allerdings viel schärfer ausgesprochen, daß das „formale Recht“ des Weltbundes in Wirklichkeit das schärfste imperialistische Unrecht ist. In einem Bericht des Parteivorstandes dieser Partei heißt es: „Wir wünschen einer mächtigen sozialistischen Gruppe, die die Defelder von Moskau zu führen, war seit den Geheimverträgen während des Weltkrieges bis zum heutigen Tage der Beweggrund, der die verschiedenen britischen Regierungen zu einer gegenwärtigen Expansionspolitik veranlaßt hat. Dieser Politik wegen ist der Wille der arabischen Bevölkerung von Moskau, die gegen die Verlängerung von Moskau, die Verlängerung des Mandates ist, misgünstig worden. Ein neuer Herz von Unzufriedenheit, der ebenjohann wie der ägyptische werden mag, ist zu allen anderen Seiten hinzugekommen; wir werden mit militärischen Ausgaben belastet, die sich auf 4 Millionen Pfund jährlich belaufen können, und damit wird ein Streik mit den Türken auszutragen verurteilt, der früher oder später zum Kriege führen kann.“

Ein SPD-Blatt für das Zusammengehen mit der KPD

„Zwei Millionen Menschen sind in Deutschland augenblicklich auf Unterdrückung angewiesen; nicht die geringste ist die Zahl der Kurzarbeiter.“

Das sind die Opfer der Krise. Das sind die Ausgemergelten und Verelendeten, nicht die Gutheingestellten, Großbesitzer und Rentiers, deren heutige Lage nicht verkannt werden soll, die aber noch niemals persönliche Not kennengelernt haben, von denen noch niemand verunglückt ist, die nicht in erbärmlichen Misereiselen und Kellerkellern gestift und festsitzend verenden müssen.

Der Jahresbericht mancher Parteien mag unerfreulicher aussagen als zu anderer Zeit; das beweist doch nur, wie ungesundlich erst die sogenannten „normalen“ Gewinne sind. Der Absicht der Bolschewiken aber ist zu verzweifeln; es wäre tollkühn, wenn die Massenbewussten und überzeugten Proletarier nicht wüßten, daß ihre Kraft die kapitalistische Weltordnung aus den Angeln heben wird.

Das nur ein geeintes Proletariat dazu imstande sein wird und daß der Tag nicht fern, wenn die Hände in den Schöß legen, auf unheimlich verheerenden Fortschritten ausruhen und zurechtfinden, weil wir überhaupt noch leben, das dürfte mittlerweile jedem klar geworden sein.

Die Neujahrsbesprechung der Arbeiterschaft erhält ihren Stempel ausgedrückt durch den immer härter werdenden Wunsch nach dem Zusammenstoß mit der KPD.

Die kommunistischen Arbeiter leben wir, sind mit ein Teil der Armee der Enttäuschten. Ohne den gemeinsamen Kampf mit ihnen werden wir unser Einzelziel nicht erreichen. Mögen wir an der Spitze der Kommunisten auch vieles auszuhalten haben (das soll und darf nicht verstanden werden), so ist es doch ein Teil der Massen in der Krise; nicht bürgerliche Parteigänger sind unsere natürlichen Bundesgenossen, sondern unsere Klassenengenossen aus der KPD.

Unsere Freunde von heute, mit denen wir in republikanischen Organisationen zusammenhängen und mit denen wir ruhig ein Stück mitnehmen wollen, werden unter unsrer bittersten Schicksal noch morgen sein, wenn es im Kampfe um die Macht ernst wird.

Mit Wandlungen macht man keine Revolution und mit Resolutions kämpft man bestimmt nicht freischlich gegen herrschende und ist im Sattel sitzende Mächthaber.

Diese Sätze entnehmen wir einem Neujahrsartikel der sozialdemokratischen „Vollstimme“.

Wir können ihnen im wesentlichen zustimmen. Sie beweisen, wie groß die Einsicht in die Mißfolge der Koalitionspolitik, wie stark der Wille zur proletarischen Einheitsfront in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Sachdens bereits ist. Wir begrüßen es auch, daß die „Vollstimme“ eine der nächstgelegenen und einfachsten Folgerungen zieht: die Forderung der sofortigen Auflösung des Schlichtungsausschusses.

Die „Vollstimme“, behauptet sich indessen in ihrem Artikel darüber, daß die KPD, einen Teil der SPD, gegen den anderen ausspielt. Ja, das ist kein Zufall, ja, daß es zwei sozialdemokratische Fraktionen in Sachen gab, daß die rechtssozialistische Fraktion die Auflösung des Landtages verhinderte, und daß sie nach wie vor an der großen Koalition festhält? Ist es nicht weiter Tatsache, daß die rechtssozialistische Fraktion bis heute ihre Politik gegen den Willen der sozialdemokratischen Organisation Sachdens durchgesetzt hat? Die SPD-Fraktion würde ihre Ziele verfolgen, wenn sie nicht diese Tatsachen ihren Lesern mitteilen und zu den in der SPD ausgeworfenen Fragen selbständig Stellung nehmen würde? Der kommende Landtagsparlament der SPD, in Sachen wird zeigen, welchen Platz von Einheitsfront die Vinten aufbringen werden, um die Kämpfer der „Vollstimme“ wenigstens in der nächsten Wahl durchzuführen.

Schlimmer sind die Eisenbahner noch niemals, noch in keiner Bewegung verhöhnt und genarrt worden. Trotzdem schließt, daß die Eisenbahner, speziell die unteren Gruppen, noch weit stärker bedrückt werden, als die Arbeiter in der Privatindustrie, hat die Schlichtungsausschuß nicht nur dem Befehl der schamhaften Reichsbahnerverwaltung gehorcht, sondern auch die bekannte Rücksicht auf die Gebote der Privatindustriellen, der Arbeitgebervereinigungen, geübt.

Die Frage steht nun vor den Eisenbahnern, wie sie sich zu diesem Schiedspruch verhalten. Wir können unmöglich annehmen, daß sie die Stellung beziehen, die der „Vorwärts“ in seiner Morgenausgabe vom 20. Debr. einnimmt. Ja, trotz aller kritischer Einstellung zu den Forderungen der Eisenbahnerverwaltung, die schamhafte Rücksicht annehmen zu können, daß sie die jämmerliche Haltung des Generalorgans der SPD, nicht zu der ihrigen machen, sondern den Kampf gegen den Schiedspruch bzw. die Eisenbahn-M.G. aufnehmen. Eine Unterwerfung unter diesen Schiedspruch würde noch mehr als eine ganze Kapitalisten, es würde geradezu eine Annäherung der Reichsbahnerverwaltung zu noch härteren Vorgehen gegen die Eisenbahner bedeuten.

Der „Vorwärts“ hat in den letzten Wochen und Monaten wiederholt Artikel gebracht, in denen er die ständische Verschleierung von Neujahrsreisen als Korruptionsgelber an die früheren Beamten, an die Eisenbahner, Postbeamten, an die Arbeiter und mit dem darauf hinweist, daß diese Neujahrsreisen ausreichen würden, um den Eisenbahner die notwendige Lohn- und Gehaltssteigerung zu gewährleisten. Der „Vorwärts“ vermißt es aber vorzüglicher Weise, daran zu erinnern, daß er und die ganze SPD, es waren, die den jetzigen Eisenbahnerstreik und dem Verwaltungsausschuß die schamhafte Macht in die Hände spielten und dabei den schändlichen Kampf gegen die Kommunisten, die den jetzigen ständischen Zustand voraussetzten, führten. Das mögen der „Vorwärts“ und die SPD, heute ihren damaligen Verrat einsehen und nur zu feig zu einem offenen Berratt an den Eisenbahner zurückweichen. Denn nicht anders kann es bezeichnet werden, wenn der „Vorwärts“ in seinem Kommentar zu dem jetzigen Schiedspruch nach laudens Entschuldigungsgründen für die Schlichtungsausschuß und dem famolen Herrn Müller in Licht und dann folgendes schreibt:

„Sie heutzutage ihre Absichten aber nicht bereit unterzügen, als seien sie einseitig genug, ihre Empörung über die Eisenbahner, die in allen ihren kühnen Provokationen jetzt in einem allgemeinen Streik Lust zu machen.“

Dieses heuchlerische, feige und hinterlistige Gemisch ist noch verächtlicher und verächtlicher als der ständische Schiedspruch. Es ruhig, liebe Eisenbahnerverwaltung, so kann die Eisenbahner noch mehr, das heißt, noch mehr auszuhalten und auf's Blut peinigten, noch mehr zu Felsten herabzubringen, denn Eisenbahner sind nicht so „dumm“ und freieren deshalb. Nein, sie sind, ich, der „Vorwärts“, und die SPD, wir werden dafür sorgen! Das ist das Rezept, die unparteiisch zur Seite getragene Vertreter der „Vorwärts“-Kommunisten.

Wenn, die Reichsbahnerverwaltung versucht ganz offensichtlich, einen Streik der Eisenbahner zu provozieren, aber einen Streik, so wie er bisher immer geführt wurde, die Herausziehung einzelner unbedeutender Gruppen, ohne den Gesamtstreik irgendeine ernstlich zu führen. In einem solchen Streik, der Eisenbahner nicht für dumm genug, weil er zur sicheren Niederlage und zur erzwungenen Handhabe für weitere Entlassungen werden müßte. Wenn dagegen die gesamten Eisenbahner im Reich unter zielbewusster Führung ihrer Gewerkschaften geschlossen den Kampf aufnehmen, dann ist das keine Dummelei, sondern die einzige Möglichkeit, die Reichsbahnerverwaltung und Arbeitsministerium zu zwingen, die Forderungen der Eisenbahner restlos zu erfüllen.

Es gibt keine Macht in Deutschland, die einem geschlossenen Eisenbahnerstreik, zumal wenn er noch verbunden wird mit dem Kampf der übrigen Verkehrsarbeiter, widerstehen könnte.

Das wissen die Gewerkschaftsführer und auch die Schreiberknecht im „Vorwärts“ sehr gut. Weil sie das wissen und weil sie die unerbittliche Erbitterung, die heute die Eisenbahner beherzt, kennen, beschä, daß der Feind, der in „Vorwärts“, beschä, daß der Feind, den Kampf als dumm hinstellen, ihren Verrat verhindern.

Die Eisenbahner müssen aus der Situation lernen, müssen erkennen, daß es für sie keinen anderen Ausweg, als den entschlossenen Kampf gibt. Millionen von Proletariaten stehen heute arbeitslos auf der Straße, sie haben fast keine Möglichkeit, einen wirkungsvollen Kampf zu führen. Doch die Eisenbahner sind die

Während die Unabhängige Arbeiterpartei aus diesen Gründen zu einer einseitigen und entschlossenen Opposition der gesamten Arbeiterbewegung gegen die sozialistische und militärische imperialistische Politik „auftrauf“, erklärt sich die

SPD-Fraktion für die Neutralität in dem Kampf zwischen dem westlichen Imperialismus und der Freiheitsbewegung der asiatischen Völker.

Die Politiker der SPD, erklären, daß allen Sympathien für die um ihre Freiheit ringenden Massen des asiatischen Erdteils“ würden sie nicht „so richtig sein, dem Moskauer Imperialismus Helferdienste zu leisten“. Deshalb also, weil der Arbeiter- und Bauernrat die Freiheitsbewegung der Kolonialvölker unterstützt, darf ein richtiger Sozialist nicht unterstützen. Dabei wird in dem SPD-Artikel der Kampf der englischen Arbeiterpartei gegen den britischen Imperialismus geirrt. Die deutschen Sozialdemokraten aber halten es für richtig, die Außenpolitik der deutschen Vorkriegszeit zu unterstützen, die nichts weiter bedeutet, als Gefolgschaft für den britischen Imperialismus.

Es muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß der Vertrag von Locarno Deutschland in einem Konflikt Englands mit der Türkei, bei dem England natürlich die Sanction des Weltbundes hat, nicht einmal die Neutralität gelistet. Wäre es dem SPD-Führern also auch nur mit der Neutralität ernst, dann müßten sie sich gegen die Verpflichtungen des Kriegsgesetzes von Locarno wenden, den sie bis heute noch als Friedenspakt preisen.

Die Einigkeit des Proletariats

Woan hängt sie ab?

Das sozialdemokratische „Vollbesohlen“ in Zusätzen betont in seinem Neujahrsartikel mit Recht, daß ohne die Einigkeit des Proletariats der auf den arbeitenden Volksschichten lastende Druck der Enttäuschung nicht beseitigt werden kann, daß aber die Klärung innerhalb der Arbeiterbewegung die Voraussetzung für die Einigkeit des Proletariats ist, ohne die der Sozialismus nicht erträglich werden kann. Das „Vollbesohlen“ glaubt, die Anfänge einer Klärung und Einigung konstatieren zu können:

„Innerhalb der Arbeiterbewegung hat die Klärung begonnen; Kommunisten haben Vorbehalte eingesehen und auch von der anderen Seite ist ein Näherkommen zu spüren.“

Nicht von dieser oder jener parlamentarischen Geschicklichkeit, nicht von Dilem, oder jenen taktischen Schachzug hängt der Sozialismus ab, sondern von der Tat, von dem Umgang, in dem die sozialistische Bewegung im Volk verurteilt und verworfen ist. Von gutem Tun und guter Politik der Sozialdemokratie, die den Anhängern, die den Funktionen der SPD, den Gläubigen in die Güte ihrer Sache und die Befestigung für ihre Sache geben.“

Diese Äußerungen des schächlichen sozialdemokratischen Linksklattes vertragen die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter, die in richtiger Erkenntnis zur Einigkeit im Tun drängen. Die KPD, die oft genug behauptet, daß sie diese Einigkeit erstrebt will. An der Arbeiter liegt es, in den SPD-Organisationen durchzuführen.

3) EJUS Roman von Lawrence S. Desberg (Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Gemma Julia Mühlen)

Er schritt weiter, kam in die belebten Straßen der City. An einer Straßenecke laute sich Schwarz und dicht eine Menschenmenge. Fred Manniffer drängte sich vor, fragte einen vor ihm stehenden Mann: „Was geschieht?“

„Ein Messergeruch geriet unter einen Autobus“, entgegnete der Mann gleichmütig.

„Diese armen Jungen haben umher, bis sie sich vor Erschöpfung nicht mehr auf den Beinen halten können!“ rief eine einfach geübete, verzerrte, aussehende Frau. „Selbstverständlich ereignen sich dann Unfälle.“

„Verdammte rote Propaganda!“ brummte der Mann.

Fred Manniffer beachtete ihn nicht, wandte sich der Frau zu: „Ja, er ist tot. Wenigstens wird er sich nicht mehr die Beine schmerz tun müssen.“ Die Frau schaute die paar mal fertig. „Das für bringen wir unsere Kinder zur Welt.“

Ein hübscher, frisch aussehender Junge hieß Fred Manniffer einen Zettel in die Hand: „Auf purpurtem Grund leuchtet golden ein Wort: „EJUS“. Darunter mit schwarzen Buchstaben: „Wollen einige Jugend und Schönheit?“ Kruten die „EJUS“! In allen Draperien erhältlich, Preis der Dose 75 Dollars.“

Die Menge wich zurück, machte zwei Männern Platz, die auf einer Tragbahr etwas forttrugen, etwas Zerstücktes, Zerstücktes. Eine kleine schmutzige Hand hing wie um Hilfe flehend von der Bahre nieder, eine armselige, magere Kinderhand.

Fred Manniffer schaute zusammen. Er hatte auf seiner Forschungsreise Gefährten sterben sehen, aber es waren Männer gewesen, die wissen den Gefahren und dem Tod getrost, die freit willig die schwere Aufgabe auf sich genommen hatten, angepornt von einem unerklärlichen Willenszick. Dieses Kind hingegen... Düstere Jern kam ihm an, diese verberberische Sachlosigkeit des Vaters.

„Die Sachlosigkeit...“

Als könnte die neben ihm liegende Frau seine Gedanken erraten, sprach sie: „Der Chauffeur kann nichts dafür, der muß zehn Stunden den Autobus lenken, zehn Stunden angestrengt aufpassen.“

Und sie wiederholte ihre Worte: „Selbstverständlich ereignen sich Unfälle.“

„Selbstverständlich!“ Fred Manniffers Jern legte sich nicht, jagte nun nach einem anderen Gegenstand: „Weshalb ist es selbstverständlich, daß Kinder zu Tode geht und Chauffeur derart überarbeitet werden, daß sich Unfälle ereignen müssen? Weshalb?“

Die Frau wandte langsam den Kopf und blickte Manniffer an. Dann lächelte sie. Fred Manniffer erschrak vor dem Lächeln. Aber die Frau sprach kein Wort.

Dafür drängte sich nun ein gutgekleideter häßlicher Mann in Fred Manniffers Nähe und legte diesem die Hand auf die Schulter. „Ich würde Ihnen raten, seine Gebreden zu halten, junger Mann!“

„Lassen Sie mich los! Sind Sie verrückt?“

„Sie befinden sich hier nicht im kollektivistischen Ruhland, junger Mann. Zeigen Sie mir sofort Ihre Papiere!“

Die Frau, die sich bereits zum Gehen ansetzte, wandte abermals den Kopf, blühter sie unvorbar: „Vorwärts! Spiehl!“ Dann eilte sie fort.

„Wohin?“ befragte der Mann. „Ihre Papiere.“ Und er fügte spöttisch mit einem Blick auf Fred Manniffers dunkles Haar hinzu: „Sie sind auch nicht in Jerusalem.“

„Aber in Amerika, wo jeder Bürger das Recht hat, seine Meinung auszusprechen!“ Fred Manniffers geballte Faust trat den Mann unter dem Kinn.

Der Geheimagent lies ihn los. Im selben Augenblick teilte sich die Menge, eine kräftige Hand griff nach Fred Manniffer und zerte ihn fort. Vieh ihn auch nicht los, sondern zwang ihn, im Laufschritt ein paar Nebengassen zu durchlaufen. Manniffer war bereit, verzweifelt, er leit Wort heranzubringen und stumm dem Fremden folgte. Dieser ließ ein Arbeiter zu sein, und Manniffer hatte irgendeine die Empfindung, der Mann meine es gut mit ihm.

Nun ging der Fremde Manniffer in einem Hausflur, blieb stehen, schaute ihn an und begann zu lachen. Sie schienen noch nicht lange in Amerika zu leben, junger Mann.“

„Weshalb?“ fragte Manniffer mit dem Mundlos.

„Weil Sie nicht nicht die Dummheit begangen hätten, als einzeln auf einen Geheimagenten einzuliegen. Wüßten Sie auch, daß Ihr Vorgehen Sie das Leben hätte kosten können?“

Manniffer harrte den Arbeiter noch immer verzerrt an.

„Aber...“ sammelte er, „ich tat doch gar nichts.“

„Der Mann nahm an, daß Sie etwas gegen unsere geheiligte sozialistische Ordnung sagen wollten.“

Manniffer fühlte von neuem seinen Jern aufkommen: „Eine schöne Ordnung, die...“

„Sie müssen wirklich erst vor kurzem nach Amerika gekommen sein, wären sonst vorlichter.“

„Weshalb sollte ich Ihnen gegenüber vorlichter sein? Sie haben mich doch eben gerettet.“

„Woher wissen Sie, daß ich kein Lachspiel bin?“

„Ein Lachspiel!“ Manniffer griff mit beiden Händen nach seinem Kopf. „Weshalb, sind Sie verrückt, aber bin ich es? Weshalb sollte ich ein Lachspiel um mich kümmern?“

Als Antwort kam eine Gegenfrage: „Wollen Sie nicht eben unter Epitern kritisieren?“

„Ja.“

„Wollen Sie nicht, daß in Amerika Leute für eine beratige Kritik einander getötet werden? Das Sie verachtet werden, wenn Sie die Verhüllung vorziehen?“

„In Amerika?“

„Mensch, wo waren Sie denn in den letzten Jahren?“ Nun harrte der Arbeiter Manniffer verzweifelt an.

„Im nördlichen Eismeer.“

„Ja, auf einer Forschungsreise.“

Der Arbeiter lachte. „Ich so, Sie gehören wohl zur Manniffers des „Tropaladem“, der gelern im Hofen einlie?“

Manniffer nickte. „Ich mag die Expedition als Arzt mit.“

„Aber Sie haben den Nordpol nicht entdeckt?“

„Nein“, meinte Manniffer etwas bitter, „es blieb mir vorbehalten, meine Entdeckungen in Neuport zu machen.“

„Was für Entdeckungen?“

„Daß die Welt nicht um ein Haar besser ist als vor sechs Jahren.“

Im Gegenerte:

„Was haben Sie denn erwartet?“

„Wir glaubten doch alle... nach dem Kriege...“

„Arme Narren!“

Aus der Döde hat ein Zettelfgen auf die haben nieder. Auf purpurtem Grund leuchtet golden das Wort: „EJUS“.

Der Arbeiter hob einen Jern von der Erde auf: „Das ist die größte Entdeckung des modernen Amerikas: Ewige Jugend und Schönheit für die Reichen.“

(Fortsetzung folgt)

Das Referat Bucharins auf dem Parteitag der KPD.

Moskau, 21. Dezember. Als erster Redner zur Diskussion über den politischen Bericht des ZK trat Genosse Bucharin auf, von hiesigen Kommunisten empfangen.

Bucharin rief auf die ganz besondere Bedeutung der Tatsache hin, daß ein Mitglied des Politbureaus mit einem Korreferat zum Parteitag der KPD austritt. Die Opposition betonte auf allen Gouvernements-Konferenzen, daß sie der Parteitag keine andere Linie gegenüberstellt. Dem widerspricht die Tatsache des Korreferats, was in der Parteigeschichte beispiellos ist. In den vergangenen Kämpfen mit verschiedenen Oppositionsgruppen wurde niemals ein Korreferat gestellt.

Redner fragt, welche praktischen Maßnahmen die Opposition vor schlägt. Was Neues schlägt die Opposition zur Beseitigung der Dorf armut vor? Nichts. Die 14. Partikonferenz hatte die Notwendigkeit der Schaffung eines materiellen Fonds und der Schaffung von Gruppen der Dorfarmut fest. Die Opposition ist nicht imstande, neue Maßnahmen vorzuschlagen, was die politische Impotenz der Opponen ten beweist.

Die Opposition machte zwei Vorschläge: Erstens, um den Kommuni stischen Jugendverband herum Delegiertenversammlungen ge aus der parteiellen Mittelbauernorganisation zu organisieren. Dies würde von der Zentrale abgelehnt, da bei der Aktion der Bauernschaft diese Versammlungen zu Parallel-Organisationen werden würden, was mit dem Bericht der parteiellen Führung der Bauern schaft drohen würde. Dies wäre die Kapitulation des Proletariats vor dem Kleinbürgertum.

Der zweite Vorschlag kommt von dem Leninbürger Genossen Sar zis, der vorzuschlag, bis zum 15. Partitag die Zusammenfassung der Mitgliedschaft des ZK zu gestalten, daß 30 Prozent der Parteimitgliedschaft aus Betriebsarbeitern bestehe. Dies wäre nur möglich, wenn die Partei 6 Millionen Mitglieder bestände. Dieser Vorschlag bedeutet da her, 5 Millionen neue Mitglieder innerhalb eines Jahres heranzu ziehen. Dies hat nicht eine arbeitsmäßige, sondern eine politische Be deutung. Die Lösung dieses Problems würde die Heranziehung von ungeheuren Mengen von Bauernelementen in die proletarische Partei bedeuten.

Die Opposition beschuldigt uns der Aufgabe unserer Position unter dem Druck der Kleinbürgerschaft. Beide erwähnten Vorschläge der Opposition beweisen hingegen die Kapitulation vor den kleinbürgerlichen Bauernelementen. Die Vorschläge der Opposition ertragen keine Kritik.

Redner erklärt, daß die gegenwärtige Diskussion im Lichte der beiden vorangegangenen Diskussionen gegen Kritik betrachtet werden müsse. Gegenwärtig liegt neue Weltanschauungsverhältnisse, eine neue interna tionale Lage entstanden. Die Partei muß sich über die richtige Position auf dem Gebiet der Bauernarbeit in den neuen Verhältnissen einver nehmen. Die erste Diskussion war die Frage der interpartei lichen Demokratie usw. auf und zum Schluß stellte sich heraus, daß es sich um die Bauernfrage handelte. In der zweiten Dis kussion verstand die Partei das Wesen des Streits bereits besser. Es ist kein Zufall, daß jetzt im Vordergrund die Fragen des Staatska pitalismus, der Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande usw. stehen.

In den beiden ersten Diskussionen war das Wesen der Frage das Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft. Die gegenwärtige Diskussion ist eine Fortsetzung der beiden ersten. Gegenwärtig nimmt die Partei an der Diskussion noch den meisten teil, da die Fragen nicht unter irgendeiner Effekte, sondern direkt gestellt werden. Die früheren Diskussionen stellten die Bauernfrage im ganzen, die gegen wärtige Diskussion stellt die Frage über die verschiedenen Schichten der Bauernschaft. Redner ist überzeugt, daß die Partei aus der gegen wärtigen Diskussion die richtigen Lehren herauskommt.

Die gegenwärtige Diskussion geht auf soziale Grundlage vor sich, die von drei Tatsachen charakterisiert wird: 1. Durch das Anwachsen der bürgerlichen Schichten im Dorf und in der Stadt. 2. Durch die Entwicklung der städtischen Klassen, besonders im Dorfe. 3. Durch das Entstehen neuer Schichten des Proletariats.

Die Halbproleten und Halbproleten kommen aus dem Dorf in die Stadt mit der Frage, ob sie ausgebeutet werden oder nicht; mit der Frage, worin sich die neue Arbeit von der alten unterscheidet. Wederer teils hatte unsere Politik noch nicht die Zeit, der Dorfarmut sämtliche ihr zukommende Hilfe zu leisten. Die Dorfarmut ist nicht eine Menge von Fragen auf. Die Partei ist die einzige politische Organi sation, die diese Fragen lösen muß und wird.

Redner weist auf die Verbindung der Diskussionsfragen mit der praktischen Politik hin. Die Frage der permanenten Revo lution wurde in der letzten Diskussion in einem anderen, in dem Standpunkt der Opposition die Anweisung der Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in unserem Lande verborgen war. Dies bedeutet gemeinlich die Leugnung der Idee des Aufbaues des Sozialismus mit der Bauernschaft unter proletarischer Führung, eine Leugnung, die die Bauernschaft in der Bauernschaft ein absolut antagonisierendes, sogar konterrevolutionäres Verbindendes der Arbeiterklasse ist. Demals wurde bewiesen, daß der Aufbau des Sozialismus auf der etablierten technischen Grundlage zwar langsam, jedoch möglich ist. In einer Sitzung des Politbureaus behandelten Komra den in Moskau die Fragen der Bauernschaft, wobei der technische Zurückgebliebenheit, würde man bis zu Ende nicht aufbauen können.

Wir behaupten, daß eine Garantie gegen Intervention, neue Kriege, gegen die Restauration mit Hilfe der kapitalistischen Armeen nur die internationale sozialistische Revolution bietet, jedoch be tritten wir lebensfähig die Behauptung, daß wir wegen der technischen Zurückgebliebenheit aufgrund gehen müssen. Dies stellt einen Verstoß dar, uns auf Geleise zurückzuschleppen, die wir bereits hinter uns haben. Es besteht ein großer Unterschied zwischen der Behauptung der Unmöglichkeit der sozialistischen Revolution in einem Lande, im Sinne des Reizens von Garantien dieses Aufbaues in folge der Gefahr der Intervention, und der Behauptung der Un möglichkeit der Überwindung der Schwierigkeiten der Aufbaues Periode wegen der zurückgebliebenen Technik und Ökonomie, wegen der überlegenen Weisheit der Bauernschaft. Redner wies Si nowjew vor, diesen Unterschied in seinem neuverfassenen Werte nicht behandelt zu haben. Sinowjew behauptet in seinem Buch, daß sein im Jahre 1917 begangener Fehler darin bestünde, daß er den Standpunkt Lenins über Kompromisse eineinse Lage weiterführte. Redner hält diesen Standpunkt Sinowjews für einen Kompromiß und fand im Oktober 1917 nicht zurückgeführt, sondern haben eine eigene Be urteilung der Frage gehabt. Der Kommerz in April 1917 be hauptete, daß der Bauer nicht ein Verbindendes des Proletariats werden könnte, daß die sozialistische Revolution die Zusammenarbeit des Proletariats mit der Bauernschaft der nicht notwendig sei. Sinowjew bekämpfte diesen Standpunkt in abgemäßigter Form und solidarisierte sich dann mit ihm in abgemäßigter Form. Dies ist ein Standpunkt des Unglaubens an die Kraft der Arbeiter klasse. Demals sagten sie, daß aus dem bewaffneten Aufstande nichts wird, jetzt behaupten sie, daß wir aufgrund gehen, wenn die internationale Revolution nicht kommt. Dies ist die Wiederholung desselben Fehlers in anderer Formulierung.

Redner kritisiert dann Sinowjews Buch über die Geschichte der KPD, und behauptet, daß Sinowjew bei der Behandlung der Kommerzialisierung im Jahre 1916 die Verantwortung für den Fehler er wähnt. Die Bauernfrage war aber in der Revolution 1905 das Zentralproblem. Redner wies Sinowjew vor, den Fehler nicht eingehenden und korrigiert zu haben, was sehr schädlich ist, da die gesamte Parteijugend in diesem Fehler erkrankt wird.

Nach Behandlung der Grundfrage des Aufbaues des Sozialismus be spricht Redner die Frage der KPD. Sinowjew erklärte allen den Krieg, die die KPD mit dem Sozialismus identifizieren. Wir unterstützen mit allen Kräften einen solchen heiligen Krieg.

Sinowjew erklärte allen den Krieg, die die KPD, und den Sozialismus miteinander verwechseln. Wir unterstützen das voll ständige. Aber der Grundunterschied bleibt zwischen uns bestehen. Sinowjew behandelte die KPD fast ausschließlich als einen Kule z, u. g. Sinowjew formuliert folgendermaßen: Die KPD ist die breiteste Rückzugsbewegung des Leninismus. Wie betrachtete Lenin die KPD? Lenin sagte: Die KPD ist das größte tra gische Manöver, das erstmals ein Element des Leninismus, zwei teils eine Kapitulationsbewegung, dreiteils ein Vorbarm auf der ungruppierten Frontlinie anzeigt. Die Sinowjewische Formulierung der KPD, steht im Zusammenhang mit dem Un glauben an die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues bei techni scher Rückständigkeit. Wir haben eine Verlangsamung der Weltrevolution. Genosse Sarziss folgert daraus die Möglichkeit einer Degeneration. (Geheißert.) Wir bekämpfen entschieden die Be hauptung, daß die KPD nur ein Rückzug ist. Wir stehen hier auf einem guten leninistischen Standpunkt.

Mit der Frage der KPD ist die Frage des Staatskapi talismus eng verbunden. Manche Genossen wollen die richtige Behandlung der Frage, wie sie liegt, vernachlässigen. Anstatt der Beantwortung der wesentlichen Frage des gegenwärtigen Augen blickes stellt man die Frage vom Jahre 1921. Die Leninbürger Genossen wehren sich gegen die Beschuldigung, daß sie ableugnen, die Staatsindustrie stelle einen konsequent sozialistischen En

Typus dar. Sie haben also ihre früheren Positionen aufgegeben und nehmen die Formulierung an, daß die Staatsunternehmen Unternehmen vom konsequent sozialistischen Typus seien. Auch Sinowjew ist jetzt für diese Formulierung. Aber in seinem Buch „Leninismus“, im Kapitel über die Staatsindustrie, ist kein Wort darüber zu finden. Sinowjew behauptet, er meinen ausdrücklich, daß sogar in unseren Staatsfirmen, in ihrem Arbeitsregime und sogar in unserer Kooperation kapitalistische Elemente vorhanden sind. Man darf die Arbeiter nicht mit diesen Affären tödnen, daß alles Sozialismus sei. Dies ist die Hauptstelle aus dem Buche Sinow jews. Zweifellos haben wir liberaler Elemente des Kapitalismus. Aber warum erwähnt Sinowjew bei dieser Behandlung der Staats industrie nichts von dem konsequent sozialistischen Typus der Unternehmen?

Redner polemisiert dann gegen die Sinowjewische Auslegung der Resolution Lenins über die Rolle und Aufgaben der Zentrale schaften unter den Bedingungen der KPD, der auf dem XI. Kongreß der KPD angenommen wurde. Sinowjew behauptet, Lenin erklärte in dieser Resolution die Staatsunternehmen für Staatskapitalismus. In Wirklichkeit enthält die Reso lution Sinowjews keine Meinung über die konsequent sozialistischen Unter nehmen nicht dargestellt. Auch habe Sinowjew gegen Redners (Fortsetzung umschließen)

Wilhelm Bied 50 Jahre alt

Einer der alten Garde . . .



Wilhelm Bied vor uns. Das ist wirklich seine Geburtsstagesdenk malter der Sozialisten, sondern das ist durch Tausenden wohl begründet. Wilhelm Bied seine Treue zu der einen revolutionären Partei bewiesen. Er ist neben den Gründern des Kommunismus in Deutschland, neben den Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin der einzige, der, trotzdem er selbst einmal Angehöriger des Parteivorstandes der SPD, nicht einen Augenblick vor dem Kriege im Kampfe gegen den Reformismus erlahmte, seinen Augenblick wahrte, als es galt, den Zusammenbruch des 4. August 1914 weitzumachen, und nicht einen Augenblick warte, als die Stunde der Herausbildung und Gründung einer revolutionären Partei, der KPD, herange. Darüber hinaus aber ist seine Treue zur Partei erprobt worden in den Jahren der inneren Parteikämpfe und -verwirrungen. Als mancher der älteren führenden Parteimitglieder die Partei verließ, war es für einen Wilhelm Bied um so selbstverständlicher, daß man der revo lutionären Partei die Treue halten müsse.

So hatten wir dem Genossen Wilhelm Bied zu seinem fünfzigsten Geburtstag vor allem den Dank zu sagen, daß er, der Organisator des SPD-Bundes und der KPD, seit ihrer Gründung, in hervorragender Weise mit dazu beigetragen hat, die kommunistische Partei zu einer stabilen Basis gegen die Kapitalistenschiffe zu schaffen.

Die gesamte Parteimitgliedschaft der KPD, die Parteiarbeiter, die seit durchweg der jüngeren Generation angehören, können heute nichts besseres tun, als zu geloben, dem Beispiel eines Wilhelm Bied seit ihres Lebens zu folgen. So wie er seine Kräfte ganz der Partei und damit dem revolutionären Proletariat geweiht hat, so wollen auch wir unsere Pflichten bis zum Tode erfüllen. * * *

Genosse Bied, dessen Eltern Proletarier waren, kam mit 14 Jahren zu einem Arbeiter in die Lehre und schloß sich bereits mit 18 Jahren dem Sozialistenvereinband und mit 19 Jahren der Sozialdemokratie an. Dank seiner Energie und seinem Alibungs eifer beteiligte er von früher Jugend an Vertrauensposten in der Arbeiterbewegung. Wiederholt wurde er auch als Delegierter zu Gemeindefestungen und Parteikonferenzen entsandt.

Als Sekretär der Parteizentrale im Winter 1907/08 kam Bied mit Rosa Luxemburg und Franz Mehring in persönliche Berührung, mit denen ihr seither stets enge revolutionäre Kameradschaft verband. Sein Interesse für die Walfahrung des Proletariats brachte ihn schon 1905 in die Stellung eines Vor sitzenden des Bildungsausschusses in Bremen und 1909 in die eines zweiten Geschäftsführers des Zentralbildungsausschusses der SPD. Auch als Genosse Bied als Angehöriger und sogar des Parteivorstandes berufen für die SPD-Organisation tätig war, ent fremdete er sich nicht, wie viele seiner Kollegen, der Arbeiter schaft als Delegierter auf dem Berliner Parteitag 1908 nicht, er war bester Polemiker gegen die Gemeindefestungsautorität für eine Ausgestaltung des 1. Mai als eines revolutionären Kampftages Partei und auf dem Gemeindefestungstag 1912 führt er, der Angehörige des Parteivorstandes, einen noch heftigeren Kampf gegen diesen Parteivorstand, der durch den Verschluß des Parteitag saalens mit den Arbeitern bei den Reichstagswahlen 1912 den ersten Schritt zur Einleitung einer konterrevolutionären Koalitionspolitik gemacht hatte. Auch innerhalb der Berliner Organi sation der SPD gehört Bied zu den radikalsten Genossen von Rosa Luxemburg, die gegen die reformistische Verdrängung der Partei ankämpften.

Die schärfste Haltung der bürgerlichen Sozialdemokratie in der Kriegszeit findet in Bied von 4. August 1914 an einen un verkennlichen Gegner, der sehr bald zum wichtigsten Organisator der kleinen Spartakusgruppe wird. Genosse Bied war beteiligt an der Herausgabe der illegalen Informationsblätter, der Arbeiter der Spartakusgruppe, die organisierte sich allein auch die Herausgabe und Verbreitung der ersten Nummer der Zeitschrift „Inter nationale“ im Frühjahr 1915. Er übernahm es auch, die ersten Spartakusdemonstrationen in Berlin vorzubereiten. Bei einer dieser Demonstrationen vor dem Reichstag am 28. Mai 1915 wurde er verhaftet und zum Teil infolge indirekter Demagogik durch den Führer der SPD, bis Ende Oktober 1915 in militärischer Schutzhaft gehalten. Vom Gefängnis kam Bied unmittelbar in die Kaserne. Bied weigerte sich, auf seine Kassenblätter in Unter zug zu stehen, geriet deshalb wegen Gehörlosenerweigerung in Unter suchungshaft, und als er schließlich zwangsweise an die Front ge schickt wurde, sollte, befristete er. Nach monatlangem Aufent halt als Flüchtling in Deutschland ging er schließlich nach Holland, wo er aber sofort die agitatorische Tätigkeit unter den vielen Dele gierten aufnahm und mit dem aus Duisburg geflohenen sozial demokratischen Redakteur Wilfried die Zeitschrift „Der Kampf“ herausgab. Nach der deutschen Militarismus völlig zusammen gebrochen war, schrieb Bied nach Deutschland zurück, um sich auch hier sofort wieder in die revolutionäre Arbeit für den Spartakusbund zu tätigen. In Berlin war er besonders im Kreis der revolutionären Offiziere gemeinlich mit Liebknecht tätig. Seit dem 10. No vember 1918 gehört Bied ununterbrochen der Zentrale des Spartakusbundes, der späteren Kommunistischen Partei Deutschlands, an. Ihm lag zunächst der Aufbau der Berliner Organisation ob. Nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die er fast nur seinen Augen als Gefährten im Westen verlor, miterlebte, fiel ihm die organisatorische Leitung der gesamten Partei zu. Die Partei hat dem Genossen Bied seither eine Fülle immer neuer Auf gaben übertragen, die er stets mit der Gewissenhaftigkeit und Treue eines der Revolution voll ergebnen Arbeiter erfüllt hat.

Es ist bekannt, daß Liebknechts linksradikale Tätigkeit gegen den reformistischen alten Parteivorstand der SPD, sich vor allem auf die revolutionäre Jugend richtete. Und noch heute ist die KPD, eine Partei, die losgelassen vom tatsächlichen Alter ist, ihre Funk tionen besten größtenteils im Alter von 30 bis 40, höchstens 45 Jahren. Wenn man dagegen die KPD, unter dem Gesichtswinkel des Alters ihrer Führer betrachtet, befindet sie sich im Ver gleich zur KPD, geradezu im höchsten Alter, sie ist in diesem Sinne im Alternden verfallen. Es ist in bezugnehmend genug, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Heidelberg offiziell Kritik darüber geführt wurde, daß die vielversprechenden jüngeren Altersgruppen — sie sind eben in der KPD, — in der KPD, am meisten fehlen.

Sie zeigt es hin, daß die KPD, eine Partei des Aufstiegs, des Wachstums, der Zukunft ist. Sie vertritt das jüngere, kraftvollere Element des deutschen Proletariats, ein Element, das noch erhoben will, während die liberale Sozialdemokratie der SPD, ganz auf die Verteidigung ihrer Positionen eingestellt ist.

Gleichzeitig beweist aber auch ein Vergleich der Altersstatistik der beiden Parteien, daß die sozialdemokratischen Führer der Vorkriegs zeit in gut wie rechtlich hat über, Koste und Schickemann gehalten sind. Um so erfreulicher ist es, wenn wir in unserer Partei Genossen haben, die schon vor dem Kriege in führenden Positionen den Kampf gegen den Opportunismus geführt haben, der revolutionären Bewegung treu geblieben sind und heute in der KPD, als Führer mitlen.

Sieht man von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ab, so zählt zu dieser Kategorie von Führern der kirchlich verstorbenen Partei-Marktwelt, der auch ohne Deutschen für Geburt zu sein, mittelalterlich vor und während des Krieges Groteskes für die revolu tionäre Bewegung in der KPD, ein Beispiel hat und einer der Führer der Spartakus-Bewegung gewesen ist. Es ist hier vor allem auch zu erwähnen, daß eine unerschöpfliche Franz Mehring, ein die SPD-Führerschaft genalig übertragender Kopf. Auch Ernst Thälmer und Berthel, die Jüngeren, dürfen in diesem Zusammen hang genannt werden.

In verhältnismäßig hohem Alter wirken nur noch zwei von der Spartakus-Garde in der KPD. Da ist die alte unvermeidliche Kämpferin Clara Zetkin, eine anerkannte Führerin schon längst vor dem Kriege, und da ist unser Genosse Wilhelm Bied, dessen fünfzigste Ge burtstag wir am gestrigen 3. Januar feiern konnten.

Wilhelm Bied, der in den Jahren vor dem Kriege, entsprechend der theoretischen Vorkämpfer einer Rosa Luxemburg, praktisch im deutschen Proletariat den revolutionären Lagerkampf gegen den Opportunismus des Parteivorstandes führte, ist neben Clara Zetkin derjenige Genosse, der in seiner Person eine Verbindung hat und einer der besten Teil der alten Sozialdemokratie und dem Marxismus-Leninismus der heutigen KPD. Das ist selbstverständlich nicht in dem Sinne gemeint, daß Wilhelm Bied ein Kompromiß zwischen den beiden Elementen geschlossen hat, vielmehr ist in ihm verkörpert die Höch stentwertung von menschlich — bürgerlich begründeten — Unzulänglichkeiten der alten linksradikalen vor leninistischen Theorie und Praxis.

Ein unabdeltiger Kämpfer, der nie abirrte vom geraden Weg revolutionärer Pflichterfüllung, als solcher steht also heute Genosse



Themenwurf über die Jugend für den XIV. Parteitag geklärt, da er unsere Unternehmen für staatskapitalistische hielt. Auch die anderen Leninisten sind, beispielsweise der Genosse Zewdow, haben keine klare Beantwortung der Frage, was die Staatsunternehmen seien, gegeben. Die Partei muß darauf eine Antwort geben, weil das Gesamtproletariat es verlangt.

Redner behandelt weiter die Frage des Charakters des Staatskapitalismus. Er betont, daß diese Frage hauptsächlich vom Standpunkt der praktischen Ziele gestellt werden muß, so betrachtete diese Frage auch Lenin und legte darüber in seinem Artikel „Aber die Genossenheiten“, daß das praktische Ziel der KPD die Erlangung von Konzessionen war. Dieser Gesichtspunkt ist richtig, weil er die Frage der Meinungsverschiedenheiten, die einst zwischen Lenin und dem Redner selbst diesbezüglich bestanden, beantwortet. Das Leben hob diese Meinungsverschiedenheiten in zwei Richtungen auf: 1. Wir haben einen ungeheuren Aufschwung der Staatsindustrie; 2. wir haben keine Konzessionen in dem erwarteten Umfang. Demals haben wir fast keine Industrie und nur Konzessionspläne, jetzt haben wir eine eigene Industrie mit vollständigem Personal. Deshalb muß die Frage fort und fort aktuell gestellt werden.

Nach einer Bemerkung darüber, daß Sinowjew behauptet, weil wir uns freier Handel befehlt, folglich ist bei uns, sofern freier Handel existiert, durchgehend Kapitalismus. Zwar sagte Lenin: „Freier Handel ist Kapitalismus.“ Aber dies bedeutete nur, daß die Grundlage des freien Handels wird der Kapitalismus sein und gehen Handel das Gleichheitszeichen stellen. Beispielsweise: Unter Staatsunternehmen vom konsequent sozialistischen Typus faßt bei einem anderen erfolgreichen Unternehmen. Das ist die Warenform und keine sozialistische Wirtschaftsform. Aber — das ist sicherlich kein Kapitalismus. Nur würde dann man einen freien Handel mit dem Kapitalismus identifizieren. Niemand wird leugnen, daß wir Elemente des Staatskapitalismus, Elemente des Privatkapitalismus und Elemente der Kleinbürgerlichen Wirtschaft haben. Aber die Kernfrage ist die Einschätzung der Staatsbetriebe.

Zur Frage des Mittelbauern. Redner fragt und bezieht die Frage, daß manche Genossen den Mittelbauer unterschätzen. In dem programmatischen Artikel Sinowjews, betitelt „Philosophie der Spindel“, fanden wir ursprünglich keinen Mittelbauer. Nur nachträglich wurde er hineingefügt. Auch behandelt Sinowjew die Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz anders wie die Partei. Diese Beschlüsse stellen hauptsächlich die Politik der Befestigung eines engen Bündnisses mit dem Mittelbauer dar.

Sinowjew schreibt in seinem Buche „Leninismus“ (Redner zitiert): „Wir müssen noch ergänzende Konzessionen gerade den kapitalistischen Elementen in der Landwirtschaft machen.“ Was heißt das? „gerade den kapitalistischen Elementen in der Landwirtschaft“? Das bedeutet: Die KPD ist ein Jugendbündnis gerade an die Großbourgeoisie. Wollen wir die Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz gerade als ein Jugendbündnis an die Dorfbauer formulieren, wird uns niemand anhören wollen. Wir haben mit den Resolutionen der XIV. Parteikonferenz gerade das feste Bündnis mit den Mittelbauern bezeugt. Aber Sinowjew hält diese Resolution für ein Jugendbündnis an die Dorfbauer. Redner erklärt dann nachdrücklich, er habe die prinzipielle Seite der Resolution der XIV. Parteikonferenz und des Oktober-Plenums verfaßt und von einer Seite Widerspruch erfahren.

Sinowjew zitierte uns, wie Lenin die Frage der reichen Bauern stellte, wie Lenin die reichen Bauern als Blutsauger, Rumpke usw. charakterisierte. Dies kommt aber aus dem Jahre 1918. Sinowjew sagt hinzu, daß diese Sprache noch nicht einmal wiederholt werden muß.

Sinowjews Buch behandelt die aktuellen Fragen der Heberbefehle des Kriegskommunismus. Gegenwärtig kämpfen wir gegen die

Geburtsstagsfeier für Genossen Bied

(Eig. Drahtm.) Berlin, 4. Januar.

Im zeitigstmöglichen Foyer des Preussischen Landtages versammelten sich am gestrigen Sonntag Vertreter und Delegationen der verschiedenen Parteifractions der KPD, und persönliche Freunde des Genossen Bied, um seinen 50jährigen Geburtsstags zu feiern. Nach einigen Musikdarbietungen und dem Vortrag eines witzigen Gedichtes von Weinert, überbrachte Genosse Giesche den Gruß der Genossenschaft der Kommunistischen Internationale, die den Gefeierten in einem Telegramm als den allbewährtesten Kämpfer begrüßte, und die Glückwünsche des Zentralkomitees der KPD. Es folgten Worte Ernst Weyers, der in einem persönlichen Brief die Hauptetappen des Kampfes des linken Flügels der Arbeiterbewegung, in deren vorderster Reihen seit Jahrzehnten Genosse Bied kämpft, schilderte. Unter den vielen Begrüßungstelegrammen und -schreiben wurde besonders das der Genossin Klara Zetkin mit großer Begeisterung aufgenommen. Auf allgemeinen Wunsch mußte sich Genosse Bied zum Wort melden. Er lehnte das Lob für sich ab. Der einzelne bedeuete nichts ohne die Partei. Nur in der Gesamtheit der Partei kann und muß der einzelne seine Kräfte entwickeln und der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen.

reichen Bauern mit anderen Methoden. Redner behauptet, daß in den Worten Sinowjews der Gehalt der Desorganisierung der Beschlüsse der XIV. Parteikonferenz verborgen ist. Man müsse gegen-

wärtig mit dem Badstump der Differenzierung der Bauernschaft rechnen, man müsse damit rechnen, daß in der nächsten Periode eine Verschärfung des Klassenkampfes eintreten wird. Es sind viele neue Gefahren internationalen Charakters vorhanden, da wir in dem internationalen Markt eingeschlossen sind und es sind viele neue Gefahren inneren Charakters vorhanden, da ein ungeheures Anwachsen der Klassenunterschiede und der Klassen-differenzierung vor sich geht.

Die wichtigste Aufgabe ist die Zusammenfassung der Arbeiterklasse. Die Kommunisten verstehen es nicht, daß vor uns die ungeheure Aufgabe der Erziehung neuer Schichten der Arbeiterklasse steht. Redner fordert, daß die Leninisten Delegation ihre Fehler eingestehen, genau so, wie der gemeinsame Sekretär der Leninisten Delegation, Schucht, seinen Fehler über den Staatskapitalismus eingestanden hat. Redner macht der Leninisten Delegation die schärfsten Vorwürfe, den bewährtesten Kämpfer Romanow nicht für den Parteitag gewählt zu haben, nur weil dieser dem PK gegenüber loyal geblieben ist. Eintracht, proletarische Disziplin, Loyalität zu den Führern sind Bestandteile des Bolschewismus. Man kann kämpfen, kritisieren, angehen, jedoch keine Fraktionen machen. Die eiserne Disziplin der Partei muß bewahrt werden. (Beifall) Redner betont die Überzeugung aus, daß sich sämtliche Delegierte dem Beschluß des Parteitages wie ein Mann unterwerfen und ihn als die einzige und endgültige Deutung der leninistischen Parteileitlinie anerkennen werden. (Stürmischer Beifall.)

(Das Schlußwort Stalins erscheint morgen. D. Red.)

Neues aus aller Welt

Erdbeden in Italien

Ein großer Teil Nord-Italiens wurde am Abend des Neujahrstages von einem starken Erdbeden heimgelagt. In Triest um 7 Uhr 12 Minuten abends ein starkes Beben in der Dauer von zwei Minuten in der ganzen Stadt verspürt. Die dort Wankt ergriffene Bevölkerung eilte aus den Häusern auf die Straßen. Theater und sonstige Vergnügungsorte leerten sich in wenigen Augenblicken. Die Menge der Theaterbesucher drängte den Ausgängen zu. In dem Gedränge wurden mehrere Personen verletzt.

Aus der jüdischen, venezianischen und der Provinz Trieste wurden starke Erdstöße gemeldet. In Venedig dauerte das Beben fünf Sekunden. In Udelsberg in Fiume, in Görz, und in Monfalcone dauerte das Beben sechs Sekunden. In den genannten Städten befuhr die Bevölkerung im Freien, da man weitere Stöße befürchtete. In Udelsberg und anderen Ortschaften will man auch ein dumpfes unterirdisches Grollen vernommen haben. In Venedig dauerte das Erdbeden neun Minuten. Zahlreiche Häuser Venedigs sind stark beschädigt. Auch in Venedig lagert die Bevölkerung auf den Plätzen der Stadt.

Auch aus Laibach wird gemeldet, daß dort 7.05 Uhr starke Erdstöße in der Richtung Südost-Süd verspürt wurden. Nach der Universitätsstation Laibach ist das Zentrum des Erdbedens in Patara in Norddolmatien, wo zahlreiche Häuser zerstört wurden.

Schnee in Holland

Die Stadt Maasricht wurde am Donnerstagabend von der Unheimlichkeit fast vollkommen abgeschnitten. Die Eisenbahnen gehen von dieser Zeit an nicht weiter als bis Gittard. Der Bürgermeister der vom Hochwasser äußerst stark bedrohten Stadt Maasricht ersuchte das Kriegsministerium telegraphisch um Entsendung militärischer Hilfe. Das Kriegsministerium hat darauf in Verbindung mit dem Marineministerium Truppen mit Ponton-Material nach Maasricht beordert.



Erklärung:

Unser Inventur-Ausverkauf dauert fort. / Der Andrang des kaufenden Publikums beweist die Richtigkeit unseres alten Grundsatzes:

auch in Ausverkäufen nur gediegene solide Qualitäten zu billigsten Preisen!

Wir lehnen es auch für unsere Ausverkäufe ab, Waren zusammenzukaufen, die in ihrer minderwertigen Beschaffenheit nicht in den Rahmen unseres Geschäftes passen und die wir auch sonst nicht führen. // Wir stehen fest und unverrückbar auf dem Standpunkt:

Nicht der billige Preis, sondern lediglich der Gebrauchswert der Ware garantiert unseren Kunden den billigen Einkauf!

Wir bringen nur unsere langjährig bewährten und anerkannt guten Qualitäten zu billigen Ausverkaufs-Preisen zum Verkauf.

Eine Besichtigung unserer reichsortierten Lager wird Sie überzeugen!

BRUMMER & BENJAMIN

Halle (Saale)

Große Ulrichstraße 22-24

Rannischer Platz

Kampfbogen

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Kampfbogen“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,00 Mark, durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Druckhaus-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. Halle, Vertheilstraße 14

Verlagsspreizel: 15 Goldplennig 1. d. Wilmkriter 566 u. Spalte 70 Goldplennig 1. Reime im Tertell. Vertheilung zu richten nach Halle, Vertheilstr. 14. Tel. 106, 107, 251. Zeitungsbüro: Kriemhildstr. Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privatbank Halle. Vertheilungskonto: Deutsches Reichspostamt Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, den 4. Januar 1926

6. Jahrgang * Nr. 2

Die Einheitscher der Großen Koalition

Scheidemann, Schöpplin, David, Wieth

Der Artikel Scheidemanns, der die Kunde durch die SPD-Presse machte, und der in kurzen Zügen als das Angebot, in die Große Koalition einzutreten, dargestellt wurde, ist nicht ohne Bedeutung. Der kurzweilige „Wohlfahrt“ bringt den Artikel Scheidemanns im Gegensatz zu der übrigen sozialdemokratischen Presse ungeliebt und hebt vor allem jene Stelle hervor, die sich im positiven Sinne auf die Große Koalition beziehen. Darüber hinaus kommentiert Herr Schöpplin im „Karlshof“, „Wohlfahrt“ diesen Artikel Scheidemanns folgendermaßen:

„Die ernste Mahnung, die der Genosse Scheidemann an die Republikanten in Deutschland im allgemeinen, an die Sozialdemokratische Partei aber im besonderen, richtet, erstreckt sich auf meine Auffassung, sobald nach Neujahr die Frage der Regierungsbildung der Lösung entgegengeführt werden wird, auch meiner Ansicht nach die soziale demokratische Reichsorganisation sofort klipp und klar sagen, welche Haltung sie einnimmt. Die Faktion, die die Faktionsführung, allerdings und leider, unter Führung der Faktionsmehrheit, während der Lage eingeschlagen hat, als Herr Dr. Koch sich öffentlich um die Regierungsbildung bemühte, darf keine Wiederholung finden. Wenn ich damals gleich anderen Faktionsmitgliedern, die von der Faktionsmehrheit und von der Faktionsführung abweichende Meinung öffentlich nicht vertreten habe, so geschah dies deshalb nicht, weil wir die ohnehin etwas schwierige taktische Situation im Augenblick nicht erschweren wollten.“

Neben Scheidemann und Schöpplin tritt auch Edward David auf den Plan und versucht, mit anderen Worten für die Große Koalition eine Range zu brechen. Indem David feststellt, daß nach den Ausführungen Hermann Müllers, der eine Begründung der Ablehnung der Großen Koalition vor den Reichstagen gegeben hatte, festgestellt worden sei, daß mit der Deutschen Volkspartei eine Verständigung auf dem Gebiet der Handelsvertragspolitik, der Arbeitspolitik, der Schulpolitik, des Berufungswesens und der Außenpolitik durchaus möglich gewesen sei, führt er weiter wörtlich aus:

„Damit aber komme ich zu der generellen Kritik dieser Politik der Ablehnung. Man lehnt die Beteiligung an einer Regierung auf dreier Basis ab, weil man nicht alle Forderungen, die man für gerecht und gut hält, durchzusetzen imstande ist. Was aber erreicht man, wenn man nicht in die Regierung geht? Was wird dann aus der sozialen Erhaltung, was aus dem Arbeitsrecht, was aus der Erwerbslosenversicherung und der abschließenden Erhöhung der Unterstützungssätze für die auf dem Pfahle liegenden? Kommt eine Regierung ohne oder gegen die Sozialdemokratie zustande, dann sind doch wohl noch ganz andere Abstriche an allen unseren Forderungen zu erwarten. Das kann niemand ernstlich bestritten.“

Die proletarischen Wählermassen, als deren Schutzwart wir uns in erster Linie ansehen, würden das schmerzhaft zu spüren bekommen. Sie sind also die eigentlichen Leidtragenden einer solchen Arbeitspolitik der sozialdemokratischen Faktion. Die Arbeiter und Angehörigen und vor allem die täglich wachsende Armee der

Erwerbslosen, die die Krie der Wirtschaft und die Härte des Winters am bittersten zu Leiden bekommen, sie haben die Folgen einer solchen Politik auszubaden. Weil wir nicht alles, was wir fordern, für sie erreichen können, so ist es noch weniger bekommen, als wir ihnen durch unsere Beteiligung an der Regierung verschaffen könnten.“

Dies letzte Zitat Davids ist wirklich ein Beweis dafür, daß diese sozialdemokratischen Führer aber auch nicht mehr die leiseste Spur von Klassenbewußtsein und Klassenkampf in sich verspüren. Die Interessen der Werktätigen können also nach Herrn David nur in gewaltigen vertreten werden. Das das Proletariat, wenn es sich als Klasse auf sich selbst bekennt, am wichtigsten ist, daß die gesamte Geschichte der Arbeiterbewegung den Beweis dafür gibt, daß lediglich der unerbittliche Kampf und nicht die Koalition keine elementarsten Rechte errungen und behauptet hat, davon hat Herr David keine Ahnung mehr. Davon wollen diese Herren a la David allerdings auch keine Ahnung mehr haben, da dies ihnen nicht mehr in den Kram paßt.

Diese mannigfachen Stimmen führender Funktionäre für die Große Koalition signalisieren dem gesamten Proletariat, in wieweit großer Gefahr es sich jetzt befindet, zeigen dem Proletariat, in wieweit es sich befindet. Die Sozialdemokratische Partei ist zurzeit in Gefahr. Noch nie hat eine Partei in so kurzer Zeit ihre Parolen so oft wiederholt. Aus den Parolen: „Eintritt in die Große Koalition“, „Wir sind keine Vorkämpfer der Deutschnationalen“, so hoch die eine Parole. Nach vier Wochen: „Wir sind die Vorkämpfer der Deutschnationalen und retten Vaterland“. Vor Weihnachten hieß es: „Schluss mit der Großen Koalition“. Nach Neujahr: „Ein in die Große Koalition“. Wahrscheinlich, welcher sozial demokratische Arbeiter soll aus dieser Politik des Verrats, der Demagogie und der Kopflosigkeit noch einen Ausweg finden?

Wieth als Manager der Großen Koalition

(Fig. Draht.) München-Graben, 4. Januar. Der Zentrumsman Wieth hat am Anfang eines großen Versammlungstages im Rheinland eine Rede gehalten, in der er sich, wie er mehrfach betonte, besonders an die Presse und die vier Parteien der Großen Koalition wandte. Die Sozialdemokratie erinnerte er an ihre revolutionären Wurzeln, an die Regierung der Großen Koalition vor revolutionärer Zeit zu seinen Gunsten er Witz den Witz er für seine Neuz



Ludendorff-Platte

Das nationalsozialistische „Kampfbogen“, der „Röschke-Kurier“, das Organ Ludendorffs, hat aus finanziellen Gründen sein Erscheinen am 31. Dezember eingestellt.

400 griechische Kommunisten in die Verbannung geschickt

(Fig. Draht.) Athen, 4. Januar. Hier wurden 400 griechische Kommunisten verbannt, sie sollen nach dem Urteil im griechischen Ober Appellationsgericht werden. Die Kommunisten hätten die Pflicht eines Staatsbürgers gehabt.

Der Wille zur Armut

„Geld und Volk müssen sich endlich auf den Boden der Tatsachen stellen. Der Boden der Tatsachen bedeutet aber Armut! Es muß also der Wille zur Armut kommen.“ (Wohlfahrtartikel der „Deutschen Bergwerkszeitung“.)

„Mit Recht haben Sie, Herr Geiler, auf der Schwelle des neuen Jahres das Gebot der Arbeit und der Sparsamkeit als Leitprinzip vor das Leben des ganzen deutschen Volkes gestellt.“ (Aus Lindenburgs Reichstagsrede.)

Nichts ist so charakteristisch, wie die Größe der Unternehmer und der offiziellen Regierungsmänner an Festtagen. In knappen Worten lassen sie dann selbst zusammen, was sie von den arbeitenden Massen verlangen. Und sie fordern die Arbeiterklasse in gegebenen Worten, um so offener, brutaler und zynischer sich zu verhalten, je mehr die Forderungen der Bourgeoisie entgegen. Im Grunde laufen die Vorschläge des Unternehmers und des Reichspräsidenten und der Reichsregierung auf ein und dasselbe hinaus. Die Bergwerkszeitung verlangt den Willen zur Armut, die Reichsregierung den Willen zur Arbeit und Sparsamkeit. Nur ist das Unternehmerblatt etwas konsequenter als Geiler und Hindenburg.

Die Anforderung zur Arbeit in den Spalten des rheinisch-westfälischen Unternehmerblattes ist in dem Moment ganz unmöglich, wo nach den amtlichen Zahlen die Arbeitslosigkeit in Westfalen und Lippe von 72 000 Unterstützungsempfängern auf 120 000, also um mehr als 70 Prozent gestiegen ist, wo bei dem Landesarbeitsamt mehr als 150 000 Arbeitslose angemeldet sind.

So liebt von der Anforderung Hindenburgs als ernsthaft gemeint nur der Wille zur Sparsamkeit, d. h. zum noch ärmeren Leben, der Wille zur Armut.

Der Wunsch der Bergwerkszeitung ist tatsächlich nur der Wunsch, dass die ganze Bourgeoisie und ihre Helfershelfer zur heutigen Kreise zu sagen haben. Wenn die Zeitungen, von der „Deutschen Arbeiterzeitung“ bis zum „Vorwärts“, die heutige Krise als eine „Gelegenheitskrise“ bezeichnen, die eben überstanden werden muss, damit der Weg zu neuer Aufwärtsentwicklung frei werde — was ist das anderes als der Wunsch, das deutsche Volk zum „Arbeitslosen“ zu machen, in eine bessere Zukunft zu gehen, wobei die Herren sich nur hüten, zu sagen, wer noch ärmer werden und die bessere Zukunft zuteil werden soll. Sider nicht den 15 Millionen, die in Deutschland angeblich zuviel sind, nicht den Arbeitern deren Arbeitsstellen im Wege der „Nationalisierung“ stillgelegt werden sollen, und auch nicht denen, die aus Gnaden in Betrieben befallen werden, vorausgesetzt, daß sie ihre Köpfe der „allgemeinen Verarmung“ anheim lassen.

Wenn die SPD in ihrem Wirtschaftsprogramm die gegenwärtige Krise als unumkehrliches Durchgangsstadium bezeichnet, belien natürliches Merkmal nicht durch künstliche Eingriffe gestiftet werden könne — so stellt auch sie sich auf den Boden der Bergwerkszeitung. Und vom kapitalistischen Standpunkt ist das tatsächlich richtig. Am Kapitalismus gibt es keinen anderen Ausweg aus der Krise, als das Überleben der nun „überflüssigen“ Produktionszweige, als die Verdrängung der „überflüssigen“ Arbeitermassen. Die Arbeiter müssen die Armut tragen, wenn man nicht den Kapitalismus befehlen will. Freilich, die russischen Arbeiter haben ihren Bourgeois Gelegenheit gegeben, den Segen der Armut kennenzulernen und die Grinsen von Verdrängung zu sehen; aber darum sind sie auch „rohe Barbaren, die für die Erhaltung der heiligsten Güter der Menschheit kein Verständnis haben.“

Für jeden Arbeiter aber, dem der Sozialismus mehr als eine Phrase für weltliche Sonntagsfreuden ist, bedeutet die Armut keine gegebene Tatsache.

Für uns als Sozialisten ist es durchaus eine unabänderliche Tatsache, daß Millionen geklopft herumlaufen, während gleichzeitig die Textilfabriken, die alle Friseurden befehlen könnten, aus Arbeitsmangel geschlossen werden.

Diese „gegebene Tatsache“ wird in dem Augenblick hinfällig, wo die Textilfabriken nicht mehr für den Profit ihrer „Besitzer“, sondern für die Bedürfnisse der Werktätigen arbeiten. Und für uns Arbeiter ist es keine „gegebene Tatsache“, daß einige Tausende schlafen und in ihren nächsten Stunden noch die Unvermeidlichkeit haben, den Millionen, von deren Schweiß sie leben, „Armut“ zu produzieren.

Die „gegebenen Tatsachen“ werden in dem Augenblick hinfällig, wo die deutschen Arbeiter dem leidigen Willen zur Armut entgegen und ihre Hirne mit einem anderen Willen erfüllen, mit dem Willen zur Macht. Das deutsche Volk ist arm, solange es sich ausbeutet und noch obendrein seine Betriebe stilllegen läßt, während Millionen hungern und frieren. Es wird in dem Augenblick reich sein, wo die Millionen Arme produktiv schaffen, nicht für den Profit einer Klasse, sondern für die Bedürfnisse der Gesamtheit. Freilich, darum muß man kämpfen. Wenn im Verlauf dieses Kampfes die Ausbeuter die Produktion lahmlegen, aus Rot und Entschöpfung auferlegen, wenn wir im Kampfe um den Sozialismus werden leiden müssen, so wie die russischen Arbeiter gelitten haben: dann werden wir diese Armut als eine gegebene Tatsache tragen: Wir werden wissen, daß wir für unser Volk, für unsere Sache leiden, doch aus dieser Armut der blühende Aufstieg der sozialistischen Gesellschaft kommen wird, so wie er in Russland gekommen ist. Wer für die Kapitalisten wollen wir nicht hungern, die Armut, die sie uns auferlegen, wollen wir nicht tragen — wir werden dagegen kämpfen mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Die Räuber wollen, wir sollen die Armut tragen. Ja, warum tragen denn Sie die Sache nicht? Warum führen Sie die Betriebe nicht mit Verlust weiter, tragen die Kosten der Krise, so wie Sie die

150 000 unterstützungsberechtigte Arbeitslose in Westfalen

Die Erwerbslosenziffer steigt weiter — Keine Notstandsarbeiten

(Fig. Draht.) Essen, 1. Januar. Nach den Mitteilungen des Landesarbeitsamtes hat die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Westfalen und Lippe im Dezember um 38 Prozent gegenüber November zugenommen und ist damit von 2 000 auf 150 000 Unterstützungsempfänger gestiegen. Der amtlichen Statistik wird die Bewertung beigelegt, daß die Belastung des Arbeitsmarktes ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe und daß mit einer weiteren erheblichen Verschlechterung gerechnet werden müsse. Notstandsarbeiten können „leider“ in nennenswertem Umfange nicht in Aussicht genommen werden.

Kongressdämmerung

(Fig. Draht.) Jena, 4. Januar. Der größte Thüringer Kongress der Hermann-Kongress, ist zusammengebrochen, einschließlich seiner Parteigesamtheit. Aus der Masse waren die Aktionäre und Gewerbetreibende noch nicht 1 Prozent erhalten. Es wurde Anträge wegen beträchtlicher Bankrotts erstattet. Der Kongress wurde wegen Mangels an Masse abgelehnt.

Die Reichsbannerführung gegen entschädigungslose Enteignung der Fürsten

Ein Urteil des demokratischen „Montag-Morgen“

(Fig. Draht.) Berlin, 4. Januar. Der bürgerliche „Montag-Morgen“ schreibt im Anschluß an die gesamte Aktion der SPD, für ein Volksgesetz für entschädigungslose Enteignung der Fürsten, daß die SPD, durch ihre Forderung und ihr das ungeschickteste Beispiel der Kosten des Volksgesetzes die Führung verloren habe. Er schreibt, daß die parlamentarischen Organisationen zwar einen Umschwung gelitten hätten und die Kampagne gegen entschädigungslose Enteignung sei insbesondere das Reichsbanner. Eine weitere Weigerung der SPD, zusammen mit der SPD, eine Kam-